

Westdeutscher Rundfunk 50600 Köln

Westdeutscher Rundfunk

Ständige Publikumskonferenz der
öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

Appellhofplatz 1 50667 Köln
Telefon +49 (0)221 220 2100 Telefax +49 (0)221 220 772100

Köln, 8. Oktober 2014

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 7. September 2014 zu den Sendungen *Der Iglo/Frosta-Check* und *hart aber fair*, das am 9. September 2014 bei mir eingegangen ist. Beide Sendungen wurden am 1. September 2014 ausgestrahlt.

Bei Ihrer Kritik beziehen Sie sich auf mehrere Beschwerden, die Sie Ihrer Darstellung nach erreicht haben und machen sich im Folgenden diese Kritik offensichtlich zu eigen. Sie kritisieren die Ihrer Ansicht nach fehlende Relevanz der beiden Sendungen, da diese sich ausgerechnet am Weltfriedenstag statt mit der angespannten politischen Lage mit Tiefkühlkost befasst hätten.

Außerdem zitieren Sie weitere Vorwürfe hinsichtlich der Sendung *Iglo/Frosta-Check* zu den Vergleichsverfahren und der angeblich reißerischen Aufarbeitung. Sie sehen überdies im *Iglo/Frosta-Check* stereotype Ost-West-Vergleiche durch die Darstellung des Ernährungsverhaltens zweier Familien aus Magdeburg und Köln. Bei *hart aber fair* kritisieren Sie die Stigmatisierung sozial Schwacher aufgrund von Bemerkungen des Handels- und Marketingsprofessors Thomas Roeb. Außerdem, so Ihre weitere Kritik, habe diese Ausgabe der *Markenchecks* Falschmeldungen wider besseren Wissens verbreitet. Als konkreten Kritikpunkt nennen Sie die Darstellungen der Handelsbeziehungen von Frosta mit Pacific Andes. Frosta selbst habe sich gegen die Behauptung verwahrt, Kunde von Pacific Andes zu sein. Auch seien die Urteile des *Iglo/Frosta-Check* im Frostablog kritisiert worden. Schließlich habe auch die Zertifizierungsorganisation Marine Stewardship Council (MSC) der Darstellung der Fischerei widersprochen.

Ich werte Ihr Schreiben als förmliche Programmbeschwerde gemäß § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz, da Sie Verletzungen von Programmgrundsätzen rügen.

Bevor ich auf Ihre konkrete Kritik eingehe, möchte ich daher zunächst den rechtlichen Rahmen der Beschwerde aufzeigen:

Im Einzelnen kritisieren Sie die Nichteinhaltung journalistischer Sorgfaltspflichten sowie die Nichtachtung eines diskriminierungsfreien Miteinanders nach § 41 RStV. Außerdem

behaupten Sie Verstöße gegen § 11 Absatz 1 RStV sowie § 4 und 5 WDR-Gesetz wegen der bewussten Verbreitung von Unwahrheiten. Außerdem führen Sie eine Verletzung des Gebotes zur journalistischen Sorgfalt (§ 5 Absatz 6) sowie des Fairnessgebots (§ 5 Absatz 5 Satz 3 WDR-Gesetz) an.

Prüfungsmaßstab einer Rüge nach § 10 Absatz 2 WDR-Gesetz sind die Programmgrundsätze des WDR-Gesetzes, wie sie in § 5 WDR-Gesetz festgelegt sind sowie die Programmgrundsätze des Rundfunkstaatsvertrages. Dem Aspekt der journalistischen Sorgfalt wird im Rahmen der Prüfung dieser Programmgrundsätze Rechnung getragen.

Die Förderung eines diskriminierungsfreien Miteinanders ist in § 5 Absatz 4 WDR-Gesetz als programmatisches Ziel vorgegeben. Ein Verstoß wäre jedenfalls dann anzunehmen, wenn der WDR diskriminierende Äußerungen tätigt oder sich solche zu eigen macht. Der von Ihnen zitierte § 41 RStV, der in seinem Regelungsgehalt vergleichbar ist, gilt auf Grund seiner systematischen Stellung nur für den privaten Rundfunk (Hahn/Vesting, Beck'scher Kommentar zum Rundfunkrecht, § 41 Rdnr. 2) und ist deswegen hier nicht anzuwenden.

Ihr Vorwurf der bewussten Fehlinformation zu Lasten von Frosta ist bei dem ebenfalls von Ihnen angeführten Programmgrundsatz der journalistischen Fairness nach § 5 Absatz 5 Satz 3 WDR-Gesetz zu verorten. Dabei handelt es sich um einen auslegungsbedürftigen Rechtsbegriff, der das Verhalten von Rundfunkjournalisten bei der Recherche und Abfassung der Beiträge im Umgang mit der Öffentlichkeit sowie den von einem Bericht Betroffenen festlegt. Er umfasst die Wahrung journalistischer Sorgfaltspflichten, wie sie von der Rechtsprechung entwickelt wurden, so etwa die Pflicht zur Sachlichkeit und Güterabwägung. Weiterer Bedeutungsgehalt ist die Pflicht zur Wahrheit, die besagt, dass keine bewusst einseitigen oder verzerrenden Darstellungen zu Lasten des Betroffenen vorgenommen werden dürfen.

§ 5 Absatz 6 Satz 2 WDR-Gesetz, den Sie ebenfalls anführen, bestimmt fast wortgleich zu § 10 Absatz 1 Satz 3 RStV, dass Nachrichten vor ihrer Verbreitung mit der nach Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen sind. Da es sich bei den von Ihnen kritisierten Sendungen nicht um ein Nachrichtenformat handelt, ist diese Vorschrift jedoch nicht anwendbar. Hinsichtlich der von Ihnen angesprochenen Aspekte der wahrheitsgemäßen Berichterstattung ist hier jedoch § 5 Absatz 4 WDR-Gesetz heranzuziehen, der bestimmt, dass der WDR zur Wahrheit verpflichtet sein soll. Nach diesem programmatischen Leitsatz dürfen jedenfalls nicht bewusst Unwahrheiten verbreitet werden, außerdem muss der WDR sich mit entsprechender Sorgfalt um eine wahrhaftige Berichterstattung bemühen.

§ 11 RStV und § 4 RStV stellen in diesem Zusammenhang keinen direkten Prüfungsmaßstab im Rahmen eines Programmbeschwerdeverfahrens nach WDR-Gesetz dar, sondern normieren den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Zu

dessen Erfüllung soll die Einhaltung der an anderer Stelle geregelten Programmgrundsätze beitragen.

Soweit zur rechtlichen Seite Ihres Schreibens.

Nach eingehender Prüfung auf Basis der in der Sache gerügten Programmgrundsätze und von den Redaktionen *hart aber fair* und *Markencheck* eingeholten Stellungnahmen komme ich jedoch zu dem Ergebnis, dass die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht zutreffen und ich Ihrer Programmbeschwerde daher nicht abhelfen kann.

Bitte lassen Sie mich zunächst wesentliche Grundsätze des Formats *Markencheck* verdeutlichen. Der *Markencheck* stellt in jeweils 45 Minuten eine populäre Marke auf den Prüfstand. Die Prüfung erfolgt dabei absolut ergebnisoffen. Dies betrifft nicht nur für eine Verbraucherberichterstattung typische Kosten-Nutzen-Kriterien, sondern auch solche mit sozialem oder ökologischem Kontext. Das Format schafft es damit, gesellschaftspolitisch wichtige Fragestellungen zur Prime Time auch einem Publikum nahezubringen, das sich für solche üblicherweise nicht interessiert. Am 1. September waren Iglo und Frosta Thema der Sendung.

hart aber fair ist ein konfrontatives, politisch-gesellschaftliches Talkformat des WDR im Ersten Deutschen Fernsehen. In der Sendung führen die Gäste als Panel – im Idealfall – eine lebhafte Diskussion und tauschen ihre oft konträren Standpunkte aus. Insofern ist die Sendung ein Stück „gelebte Demokratie“. In der Sendung vom 1. September wurden als Teil des Themenabends Aspekte aus dem vorangegangenen *Markencheck* aufgegriffen. Die Geschäftsführerin des Deutschen Tiefkühlinstituts, Dr. Sabine Eichner, Bärbel Höhn von Bündnis 90/Grüne, der stellvertretende Chef von foodwatch Matthias Wolfschmidt, Sternekoch Ralf Zacherl und der Handels- und Marketing-Professor Thomas Roeb diskutierten über das Thema „Essen aus der Truhe – Was ist der Preis für unsere Bequemlichkeit?“.

Zu Ihren Vorwürfen im Einzelnen:

Vorwurf der Verletzung des Grundsatzes der Förderung eines diskriminierungsfreien Miteinanders nach § 5 Absatz 4 WDR-Gesetz?

Beiden Sendungen werfen Sie vor, große Bevölkerungsschichten diskriminiert zu haben.

Für den *Markencheck* machen Sie Ihren Diskriminierungsvorwurf an der Auswahl einer ostdeutschen Familie fest, die sich vorzugsweise von Tiefkühlkost ernährt. Zunächst kann ich nicht nachvollziehen, dass selbst ein umfänglicher Verzehr von Tiefkühlkost einem Stigma gleichkäme – auch wenn Sie dies in Ihrer Beschwerde nahelegen. Davon abgesehen macht der Film schon in der Eingangssequenz klar, dass nachvollziehbare Zeitgründe für die beiden berufstätigen Eltern von drei kleinen Kindern das entscheidende Motiv für den Einsatz von Tiefkühlkost sind. Dass hier der

Schluss auf einen Verstoß gegen den Grundsatz der Förderung eines diskriminierungsfreien Miteinanders gerechtfertigt wäre, kann ich nicht erkennen.

Ebenso wenig kann ich nachvollziehen, dass Sie als Beispiel für eine „Stigmatisierung sozial Schwacher“ die Sendung *hart aber fair* anführen. Sie beziehen sich auf eine Äußerung des Studiogastes Prof. Thomas Roeb von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, der während der Live-Sendung Hartz-IV-Empfängern die Fähigkeit abgesprochen hatte, selbst einen Pizzateig zuzubereiten. Dieser persönlichen Meinungsäußerung des Sendungsgastes hat der Moderator jedoch umgehend scharf widersprochen. Frank Plasberg äußerte sich wörtlich:

„Sehen Sie einen Unterschied in der Zubereitungstechnik zwischen Hartz IV-Empfängern und Menschen mit Abitur? Dazu gibt es auch eine Untersuchung - es gibt keinen Unterschied, was die Präferenzierung von Tiefkühlkost angeht.“

Herr Plasberg hat also bereits unmittelbar in der Sendesituation sofort klar Position bezogen. Eine Stigmatisierung sozial Schwacher durch den WDR liegt hier nicht vor und damit auch keine Verletzung von § 5 Absatz 4 WDR-Gesetz.

Vorwurf der Verletzung der Wahrheitspflicht und des Grundsatzes der journalistischen Fairness durch den Iglo/Frosta-Check

In Zusammenhang mit der Sendung *Iglo/Frosta-Check* bringen Sie mehrere Kritikpunkte vor, die unter dem Aspekt der journalistischen Fairness und der Verpflichtung zur Wahrheit zu prüfen sind.

Sie kritisieren, dass der *Markencheck* ein „plakatives Schreckensbild“ von China zeige, allerdings ohne weiter auszuführen, worin sie die Schilderung als „plakatives Schreckensbild“ konkret sehen, noch inwiefern hier Ihrer Ansicht nach konkret Programmgrundsätze verletzt sind. Ihrem Vorwurf ist insoweit entgegenzuhalten, dass das Anliegen der Recherche war, die Herstellungsbedingungen von Produkten zu zeigen, die bei deutschen Konsumenten auf den Teller kommen – und die diesen bis dato so noch nicht bekannt gewesen sein dürften. Im *Markencheck* wurden die Produktionsbedingungen in China für Tiefkühlkost nach intensiver Recherche der Realität entsprechend aufgezeigt. Allein darin, dass die Bilder von der Lebensmittelmesse in Brüssel sowie die Aufnahmen mit versteckter Kamera aus den Produktionsstätten von Pacific Andes von manchen eventuell als „Schreckensbild“ empfunden werden, kann ich keinen Verstoß gegen die genannten Programmgrundsätze erkennen.

Auch in keinem der drei von Ihnen genannten folgenden Beispielen sehe ich eine Verletzung von Programmgrundsätzen:

Sie verweisen zum einen auf die angebliche Falschdarstellung der Handelsbeziehungen von Frosta. Frosta sei kein Kunde von Pacific Andes. Dies wurde

in dem Film jedoch auch nicht behauptet. Alle Filmpassagen zu Pacific Andes liefen immer mit dem deutlichen Hinweis, dass Pacific Andes Iglo beliefert. Auch der von Ihnen angeführte Frosta-Blog erkennt an, dass an keiner Stelle in dem Beitrag gesagt wird, dass die gezeigte Firma Frosta beliefert.

Jedoch wurde in dem Film ausdrücklich das Statement von Frosta wiedergegeben, dass lediglich 5 Prozent des Frosta-Seelachses aus China stammen. Insofern kann ich keine Falschdarstellung erkennen. Da während des Filmes in Zusammenhang mit den gezeigten chinesischen Zulieferern auch immer wieder ausdrücklich darauf verwiesen wurde, dass diese Fisch für Iglo liefern, liegt hier auch keine verzerrende Darstellung zu Lasten von Frosta vor.

Vermehrte Anfragen von Verbraucherinnen und Verbraucher, wie sie in dem Frosta-Blog beklagt werden, müssen nicht darauf hinweisen, dass durch den Film ein falscher Eindruck entstanden ist. Das wird übrigens auch in dem Frosta-Blog nicht behauptet. Ich finde es nachvollziehbar und letztendlich positiv, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die Produktionsbedingungen von Fisch hinterfragen und hier auch bei den entsprechenden Firmen Anfragen stellen. Dies ist auch ein Ziel der *Markencheck*-Sendungen: Die Verbraucherinnen und Verbraucher anzuregen, ihr eigenes Konsumverhalten zu hinterfragen und gegebenenfalls auch einmal selbst kritisch nachzufragen. Letztendlich kann ich hier weder eine Falschdarstellung noch einen Verstoß gegen die journalistische Fairness erkennen.

Im Folgenden kritisieren Sie, die Urteile der Kapitel zwei bis vier (darauf bezieht sich der Frosta-Blog) des *Markenchecks* seien durch den Frosta-Blog als „mangelhaft, ungenügend und falsch“ bewertet worden. Leider auch hier, ohne die Kritik selbst weiter auszuführen.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass die Urteile selbstverständlich und ausschließlich in Bezug auf die jeweilige Messlatte zu sehen sind, die die Redaktion für jedes Kriterium anlegt. Die Messlatten können auf gesetzlichen oder gesellschaftlich anerkannten Normen fußen, es können vom Markenunternehmen selbst formulierte Maßstäbe sein oder eine plausible Erwartungshaltung der Konsumenten. So nimmt Frosta für sich in Anspruch, statt Fertignahrung Restaurantqualität zu bieten. Eine entsprechende Aussage des Leiters der Produktentwicklung von Frosta – „*Wir verstehen uns eben mehr als Restaurant und nicht wirklich als Fertiggerichtshersteller*“ – wertet der Film direkt im Anschluss als „Frischeversprechen“. Im folgenden, zweiten Check-Kapitel werden frisch zubereitete Gerichte dann mit solchen von Frosta verglichen. Schon der Begriff „Öko-Image“ macht die Messlatte im dritten Check-Kapitel klar und im vierten Kapitel ist die Erwartungshaltung der Kunden, nicht schon einmal aufgetauten Tiefkühlfisch zu kaufen, die Messlatte für das Check-Urteil. Dies verdeutlicht der Text übrigens noch kurz vor dem Urteil mit der Textpassage „Doch was wissen die Leute überhaupt vom doppelten Einfrieren?“

Zu der Kritik aus dem Frosta-Blog und in der Stellungnahme des Marine Stewardship Council (MSC) möchte ich des Weiteren noch auf folgende Beispiele eingehen:

Mit dem Verweis auf „dramatische Bilder, die von den Fakten ablenken“ spricht Frosta auch die Bilder eines verendeten Hais an. Frosta erklärt, ein im Film gezeigter, an Bord eines Fangschiffes verendender Hai hätte ohnehin nicht mehr gerettet werden können, da dieser sich als Beifang ganz unten im Netz befunden und „durch den Staudruck tödliche Verletzungen“ erlitten habe. Als Beleg für diese Aussage erwähnt Frosta eine Beobachterin der zuständigen Fischereibehörde an Bord, die dies, so Frosta, gewusst habe. Tatsächlich hat sich diese Kontrolleurin, als der Hai noch lebte, gegenüber der Reporterin ganz anders geäußert, Zitat: *„Ich weiß nicht, wie robust diese Haie sind. Aber ich denke, sie werden ihn schnell zurückschmeißen.“* Was nicht passierte. Die entsprechende Aussage der Behördenmitarbeiterin ist im Film enthalten.

Im Übrigen schreibt Frosta selbst in seinem Blog von fünf Produkten aus Rückenfilets des Alaska-Seelachsfilets, die in China handfiletiert würden und nennt diese konkret. Anhand des Zutaten-Trackers auf der unternehmenseigenen Website lassen sich jedoch sechs weitere Fischprodukte bis nach China zurückverfolgen. Laut Zutaten-Tracker stammen insgesamt elf von zwanzig Fischprodukten – und damit mehr als die Hälfte – aus chinesischer Produktion.

Weiterhin führen Sie eine Presseerklärung des (MSC) an, mit dem Verweis darauf, dass auch der MSC der Darstellung der Fischerei im *Markencheck* widerspreche. Leider führen Sie hier nicht weiter aus, welchen Kritikpunkten Sie sich konkret anschließen. Auch hier möchte ich auf die wesentlichen im Link genannten Punkte eingehen:

Der MSC erklärt: *„Der Alaska-Seelachs-Bestand wird optimal bewirtschaftet und die Fischerei schädigt keine Lebensräume oder andere Arten wie Lachshaie“*. Dies sei allein schon durch das MSC-Siegel gewährleistet. Tatsache ist, dass nicht nur zahlreiche Umweltorganisationen, sondern beispielsweise auch das renommierte Geomar-Institut die vom MSC angelegten Kriterien für zu weich halten: Zahlreiche vom MSC zertifizierte Fanggebiete seien überfischt.

Laut MSC berühren die in der Alaska-Seelachs-Fischerei eingesetzten „pelagischen Schleppnetze den Boden meist nicht“. Abgesehen davon, dass sich auch der Kapitän des im Film gezeigten Fangschiffes gegenüber der Reporterin anders äußert, schätzt die örtliche Fischereibehörde, das North Pacific Management Council, auf Grundlage von Angaben der Fischfangindustrie (!) den Zeitanteil der Meeresbodenberührung auf 44 Prozent – also fast die Hälfte der Zeit.

Insgesamt gibt es für mich keinen Hinweis darauf, dass die Berichterstattung im *Markencheck* falsch gewesen sei und dass es an journalistischer Sorgfalt und Fairness gemangelt habe.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass eine Verletzung der Programmgrundsätze, namentlich die Verletzung des Gebotes der Förderung eines diskriminierungsfreien Miteinanders (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz), eine Verletzung des Fairnessgebots (§ 5 Absatz 5 Satz 3 WDR-Gesetz) sowie eine Verletzung der Wahrheitspflicht (§ 5 Absatz 4 WDR-Gesetz), nicht gegeben ist und ich Ihrer Beschwerde daher nicht abhelfen kann.

Es bleibt Ihnen aber unbenommen, gegen diesen Bescheid innerhalb eines Monats ab Zugang den Rundfunkrat anzurufen. Die Anrufung ist zu richten an: WDR Köln, Geschäftsstelle des Rundfunkrats oder Intendanz, 50600 Köln.

Unabhängig vom förmlichen Programmbeschwerdeverfahren möchte ich mich zu Ihrer Kritik an der Themenauswahl am 1. September zum Weltfriedenstag äußern:

hart aber fair hatte bereits am 25. August 2014 unter dem Titel „Flagge zeigen und Waffen liefern – Deutschlands neue Rolle?“ den Terror des IS im Irak und die Debatte um deutsche Waffenlieferungen in die Region thematisiert. In der Woche nach der Sendung über Tiefkühlkost, am 8. September, wurde bei *hart aber fair* unter dem Titel „Wladimir Putin – der gefährlichste Mann Europas?“ über die Ukraine-Krise und den Kurs des russischen Präsidenten diskutiert. Es kann also keine Rede davon sein, dass die ARD der schwierigen weltpolitischen Lage in der Prime Time nicht genügend Raum gibt.

Abgesehen davon bin ich nicht Ihrer Ansicht, dass dem am 1. September behandelten Thema „Tiefkühlkost“ jede Relevanz fehlt. Wegen etwaiger Auswirkungen auf die Fischbestände wie auch im Hinblick auf Ernährungsfragen ist das Thema auf jeden Fall gesellschaftlich und politisch relevant. Auch kann kaum von „überwiegend bekannten Informationen“ die Rede sein: Nach einer Umfrage der Aquarienkette Sea Life aus Mai 2014 glauben beispielsweise in Deutschland drei von zehn Kindern an die Existenz von „Fischstäbchenfischen“. In Großbritannien glaubt jeder fünfte englische Grundschüler, dass Fischstäbchen aus Hühnerfleisch bestehen. Und laut einer Studie der Techniker-Krankenkasse vom Februar 2013 gibt es nur in der Hälfte aller Haushalte in Deutschland täglich eine selbstzubereitete Mahlzeit. Für mich Grund genug, solche Themen regelmäßig aufzugreifen.

Lassen Sie mich zum Abschluss auf Ihren Hinweis eingehen, wonach sich mit Blick auf den *Markencheck* die Beschwerden von Unternehmen über von Autoren nicht eingehaltene Absprachen oder nicht wahrheitsgemäße Aussagen häuften: Wenn Kritik direkt an uns herangetragen wird, gehen wir dieser natürlich nach und tauschen uns darüber mit dem betroffenen Unternehmen aus. Auch hier sind wir offen für konstruktive Kritik, die uns weiterhilft, unsere Programmqualität weiter zu verbessern.

Ich hoffe, dass ich Ihnen mit meinen Ausführungen die Hintergründe der Sendungen verständlich machen konnte.

Mit freundlichen Grüßen



Tom Buhrow